

Neuer Streit ums Waffenrecht

KOALITION Bayern-FDP will Gesetz im Bundesrat ablehnen

MÜNCHEN. In der bayerischen Staatsregierung bahnt sich zwischen CSU und FDP ein Streit über das auf Bundesebene geplante neue Waffenrecht an. Der rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Andreas Fischer, kündigte gestern an, die Bayern-FDP werde das Gesetz im Bundesrat nicht mittragen. „Das Bundeskabinett hat sich bei den Überlegungen zum Waffenrecht wieder einmal von blindem Aktionismus leiten lassen“, sagte Fischer. Unangemeldete verdachtsunabhängige Kontrollen seien der falsche Weg und würden von der bayerischen FDP nicht mitgetragen, betonte er.

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) wies die FDP-Kritik zurück. „Da ist Herr Fischer nicht ganz auf der Höhe der Zeit“, sagte Herrmann. Das bayerische Kabinett habe bereits am 28. April einstimmig – also mit der FDP – seine Position festgelegt.

Dies wiederum ließ Fischer nicht gelten. Bayerns Kabinett habe nur an-

gemeldeten Kontrollen zugestimmt, nicht aber unangemeldeten, wie dies nun vom Bundeskabinett beschlossen worden sei. Der Ministerrat müsse sich deshalb noch einmal mit der Sache befassen, forderte er. „Angemeldete Kontrollen tragen wir mit“, sagte Fischer. „Überraschungsbesuche“ von Behörden seien dagegen ein klarer Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung und daher nicht akzeptabel.

Fischer argumentierte, die Bundesregierung übersehe, dass fast alle Straftaten mit illegalen Waffen begangen würden. „Der Anteil legaler Waffen ist dagegen verschwindend gering.“ Auch die niedersächsische FDP, die zusammen mit der CDU regiert, sei strikt gegen das neue Waffenrecht, sagte er.

Das Bundeskabinett hatte am vergangenen Mittwoch ein schärferes Waffenrecht beschlossen. Waffenbesitzer sollen besser kontrolliert und schwere Verstöße mit Gefängnis bestraft werden.

(dpa)